



Nummer 50

Wilhelmshaven

Januar 1984

# ANKLAGE

gegen Dr. Eickmeier noch im Januar erwartet.  
Eickmeier geht. Ein letzter Kniefall des Rates?

Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren, wird der Rat der Stadt Wilhelmshaven den krankgeschriebenen Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier in einer nichtöffentlichen Sitzung am 18. 1. 1984 von seinen Amtspflichten entbinden - und ihm "Ausgleichszahlungen" zugestehen?

Offizielle Begründung: Die angeblich dauernde Dienstunfähigkeit Dr. Eickmeiers.  
Zweck der Unternehmung: Die in Kürze erwartete Anklage gegen Dr. Eickmeier wegen Betruges, soll "zum Wohle der Stadt" nicht den Oberstadtdirektor, sondern einen Privatmann treffen. Einen Rücktritt würde der Bürger als Schuldeingeständnis werten.  
Nach Gegenwind-Informationen bemüht sich Dr. Eickmeier z.Z. um günstige Konditionen für seinen Abgang.

Der Terminkalender sieht Insidern zufolge so aus:  
Die Anklage soll bis zu, 19. 1. in den Schubladen des Amtsgerichtes bleiben. Am 16.1. wird die SPD-Fraktion - die Dr. Eickmeier im August bekanntlich einen Persilschein ausstellte - ihr Verhalten festlegen. Sie muß ihr Gesicht wahren. Einen Strich könnte der Staatsanwalt durch diese Rechnung machen, falls er vor dem 18. Januar mit der Anklageschrift an die Öffentlichkeit geht. (Stand 8.1.1984)  
siehe auch Artikel auf S. 35

# STADT ALS GOLDESEL Seite: 3

**Krach in der CDU?**  
Bei den Konservativen brodelt es. Seite 11

35 Seite 12  
**STUNDEN**

**Teegeflüster:** Seite 7  
Der wundersame Rückzug Familas



- S. 2 Nachrichten
- S. 4 Kommentar
- S. 5 Kleiderordnung bei der Stadt...
- S. 6 Leserbriefe
- S. 8 In eigener Sache
- S. 10 amnesty international
- S. 11 Landtagswahl '86
- S. 13 NWK und Umwelt
- S. 14 Nachrichten

**Andere über uns** Seite 8

# NACHRICHTEN

## HITLER

soll nicht länger Ehrenbürger der Jadestadt sein. So jedenfalls will es der Wilhelmshavener SPD-Vorstand, der damit einer Anregung des SPD-Ehrenvorsitzenden Johann Cramer folgt (vgl. Gegenwind Nr. 47). Sobald ein geeigneter Anlaß gefunden ist, soll die SPD-Fraktion im Rat der Stadt einen entsprechenden Vorstoß unternehmen.



3.-8.2. 20.30Uhr

im Apollo

## SCHWER

ut sich die Stadt ausgerechnet in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit mit ihren Stadtjugendpflegern. Nachdem der bisherige Stadtjugendpfleger Heiko Nickel wegen der Geringschätzung dieses Bereichs durch die Stadtobereinbekündigt hatte, war die Stelle innerhalb der Verwaltung ausgeschrieben worden. Doris Böhling (Leiterin des Point) fand nicht die Unterstützung des Jugendwohlfahrtsausschusses. Der andere Bewerber, der Sozialpädagoge Dieter Fiering, ist bereits rund vierzig Jahre alt und verlangt vor allem ein Gehalt, das dem des vorletzten Stadtjugendpflegers Wilfried Adam entspricht. Doch was der Eickmeier-Intimus erhielt, soll der Neue die Stadt nicht kosten dürfen. Die Stelle soll auf Betreiben der SPD nun öffentlich ausgeschrieben werden.



## GÄNGELEI

und "Uninformierung" vermutet die CDU hinter einer Bauvorschrift für das Baugebiet Maadebogen-Nord. Der Rat will verhindern, daß wie anderswo in Wilhelmshaven nach Wild-West-Manier gebaut wird. (Abschreckendstes Beispiel für Wilhelmshavener Wild-West ist die Bismarckstraße zwischen Banter Weg und Werftstr.) Gabriele Iwersen (SPD) in der Debatte: "Herr Rehbein (CDU), wenn Sie einen grünen Filzhut tragen und neben Ihnen jemand einen schwarzen, dann ist das doch keine Uniformierung."

## MENSCHENUNWÜRDIG

leben in der Krise auch in Wilhelmshaven immer mehr Menschen. Rund 700 Haushalte müssen derzeit ohne Strom und Gas auskommen. Die Zahl derer, die aus verschiedenen Gründen ihre Gas- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können, hat sich in wenigen Jahren verzehnfacht. Anders als ein Vermieter hat die GEW das Recht, zahlungsunfähigen oder unwilligen Kunden auch im Winter den Hahn zuzudrehen. An die 2000 Wilhelmshavener also leben mitten unter uns ohne Heizung und Licht.

## VORTEILHAFT

war für den krankgeschriebenen Wilhelmshavener Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier lange Zeit der Vorsitz des Aufsichtsrates in der Flugplatzgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH, den er im Wechsel mit dem Friesländischen Oberkreisdirektor Dr. Bode Kraft Amtes bekleidet. Bode beklagte am 19. August und 14. Dezember 1983, daß Eickmeier als Aufsichtsratsvorsitzender und Sicherheitsbeauftragter keine Start- und Landegeühren entrichten mußte. Über die Höhe der Summe, die der fleißige Flieger Eickmeier dank der Freundlichkeit des ehemaligen Flugplatzleiters M. sparte, bzw. den Steuerzahler kostete, mochte Bode dem Gegenwind keine Angaben machen.

Preis der Filmkritik als bester Film in Venedig 1983:

## APOLLO DIE MACHT DER GEFÜHLE

Regie: Alexander Kluge, BRD 1983, 115 Min., mit Hannelore Hoger, Alexandra Kluge, Edgar Boehlke, Klaus Wenneemann, Erwin Scherchel, ab 16 J.

Kein Film zum Ausspannen "Der intelligenteste Film des Festivals" (FAZ) über die Gefühle, wie sie organisiert werden, wie sie leiten und fehlleiten. 27.-28.4. 20.30

Ein 55-jähriger will nach Australien auswandern. Nach dem Grund gefragt antwortete er: "Als ich 20 war, wurden Nazis noch zum Tode verurteilt. Als ich 30 war, kriegten sie noch lebenslänglich, als ich 40 war, wurden sie freigesprochen, als ich 50 war, kamen sie in höchste Staatsämter, und bevor es wieder Pflicht wird, hau ich lieber ab."

## KLEINSTADTGEWITTER

halten durch die hehren Hallen unseres ehrwürdigen Rathauses, als die Stadtverwaltung in der Parkstraße vor den Toren der WZ einen kranken Tannenbaum aufstellte - zur Mahnung an das bundesweite Waldsterben. Das obligate Zeitungsfoto war schon von einem voreiligen WZ-Bildreporter geschossen, da eilte WZ-Verlagsleiter Manfred Adrian zu den Regierenden im Högerbau und forderte die Beseitigung des armen kranken Tannenbaums. Da wogten Empörung und Zustimmung gegeneinander. Das Rathaus hallte vom ersten Ringen der Politiker um den rechten Weg. Abend-sitzung der Stadtregierung, des Verwaltungsausschusses: Der christdemokratische Ratsherr Hermann Hülzer sah durch das nicht nur heidnische, sondern auch noch nadellose Baumsymbol den christlichen Weihnachtshandel gefährdet. Doch - müde der zähen Debatten - ließ man den Baum einfach stehen, ein zustimmender WZ - Bericht kam - wenn auch etwas verspätet - auf den Weg, und als der Gegenwind im Januar bei Adrian nachfragte, konnte der sich schon nicht mehr erinnern. "...gnadenbringende Weihnachtszeit."

## ZUGESTELLT

erhielt kürzlich die Jeveraner Studienrätin Dorothea Vogt die offizielle Anschuldigungsschrift wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP. Auch im Fall Steiner bleibt die Bezirksregierung hart. Nachdem ein Verwaltungsgericht das Berufsverbot aufgehoben hatte, legte die Bezirksregierung jetzt Berufung ein.



Der Gegenwind ist nicht das Blatt einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken, um Gewerkschaften, Friedens- und Umweltschutzbewegung, SPD, Grünen und Alternativen gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken vor Ort. Ihr Schwerpunkt liegt dementsprechend im kommunalen Bereich.

Der Gegenwind sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die in der Wilhelmshavener Presselandschaft sonst keine Chance zur Veröffentlichung erhalten.

Der Gegenwind wird durch die Beiträge des Gegenwind-Förderkreises und Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der Leser sind erwünscht.

Die Redaktion



## NACHRICHTEN

### SAUFGELAGE

auf Kosten des Steuerzahlers nennt der Liberale Wolfgang Latendorf die jährlichen feuchtfröhlichen Kohlpattien des Stadtrates. Rund 40.-DM berappen die Teilnehmer selbst. Etwa 3.500 DM schießt das Stadtsäckel zu. Als Ratsherr Werner Delor (Bürgerschaft) erfolglos diesen Ansatz kürzen wollte, hielt ihm sein CDU-Kollege Heinz Müller entgegen, daß dadurch die "Qualität der Ratsarbeit beeinträchtigt" werde. Einstimmig beschloß man jedoch die Kürzung des Zuschusses für die städtischen Kantinen. Der Gegenwind wünscht den Ratsmitgliedern für die in wenigen Wochen wieder anstehende Kohlpattie guten Appetit!



... Vertrag raus, Nachbarn und nichts wie hin zur Stadt...!



### ZURÜCKGEZOGEN

haben Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier und der Industrielle Wolfgang Schottler ihre Strafanzeige gegen den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Arno Wagner. Wagner hatte im SPD Vorstand auf Aufforderung seiner Genossen über Gerüchte berichtet, die Eickmeier Bestechlichkeit vorwarfen. In einem gerichtlichen Vergleich verpflichtete sich Wagner im Gegenzug, das von ihm ohnehin nicht für bare Münze genommene Gerücht nicht zu wiederholen. Auf Wagner kommen jetzt Kosten von knapp dreieinhalb tausend Mark zu.

## STADT ALS GOLDESEL

Stadt verschenkt  
für eine Unterschrift  
9 ha Land

(red) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit versucht die Stadt einen von ihr verschuldeten Skandal ersten Ranges unter der Hand zu regeln. Und ein Privatmann verdient sich an der Nachlässigkeit unserer Verwaltung eine goldene Nase.

Ähnlich wie seinerzeit im Fall Eilers vereinbarte die Stadt im Rahmen der ICI-Ansiedlung für einen betroffenen Landwirt eine großzügige Entschädigungsregelung. Der Bauer Hermann H. aus Bohnenburg erhielt vor fünf Jahren für Landabtretungen einen nagelneuen Bauernhof, Bargeld und soviel Land bei Sillenstede, daß darauf sein Bruder jetzt eine eigene Hofstelle betreiben kann. Wie im Fall Eilers verpflichtete sich

die Stadt unverständlicherweise für durch den Landtausch entstehende Steuerschulden aufzukommen. Kaum hatten sich die Wogen im Fall Eilers geglättet, da traf ein Steuerbescheid über 3,2 Millionen Mark ein. Bauer H. hätte zugunsten der Stadt und der Steuerzahler die Angelegenheit mit einer(!) Unterschrift beheben können. Aber er ließ sich diese Unterschrift teuer bezahlen: Mitte Dezember beschloß der Verwaltungsausschuß, der nach Gegenwind-Informationen dazu gar nicht befugt ist, dem Bauern H. ein "Weihnachtsgeschenk" zu machen.

Mit 9 Hektar Land, also 90.000m<sup>2</sup> oder anders ausgedrückt: einem weiteren Bauernhof wird Bauer H. abgefunden.

Ein Hektar Boden, das macht im groben Durchschnitt 40000 Mark. Neun Hektar also etwa 360.000DM. Damit kommt die Stadt allerdings immer noch billiger weg als im Steuerfall Eilers. Dort mußte die Stadt zu guter letzt noch 550000DM berappen.

Und das in einer Zeit, wo aus Geldknappheit ein Kindergarten geschlossen, allerorten Gebühren erhöht werden - und andererseits die Produktion bei ICI auf Sparflamme läuft.

## Sumpfbblasen

Fortsetzung v. S. 1  
Anklage gegen  
Dr. Eickmeier

(woku) Nach einem halben Jahr ungewissen Wartens kommt in den durch das Buch "Dreckiger Sumpf" hervorgerufenen "Fall Eickmeier" wieder Bewegung. Nach Gegenwind-Informationen stehen die Ermittlungen gegen Dr. Eickmeier unmittelbar vor dem Abschluß.

"In ein paar Wochen bin ich wieder da." Mit solchen und ähnlichen Sprüchen pflegte in letzter Zeit ein ausgeruhter und gut erholt wirkender Eickmeier Optimismus zu verbreiten. Den rechtlichen Maßnahmen des krankgeschrie-

benen Oberstadtdirektors gegen die Autoren des "Dreckigen Sumpfes" war zwar kein Erfolg beschieden; aber auch umgekehrt schien sich nichts zu bewegen: Reihenweise blieben Zeugen gegen

Fortsetzung Seite 4

# Sumpfbblasen

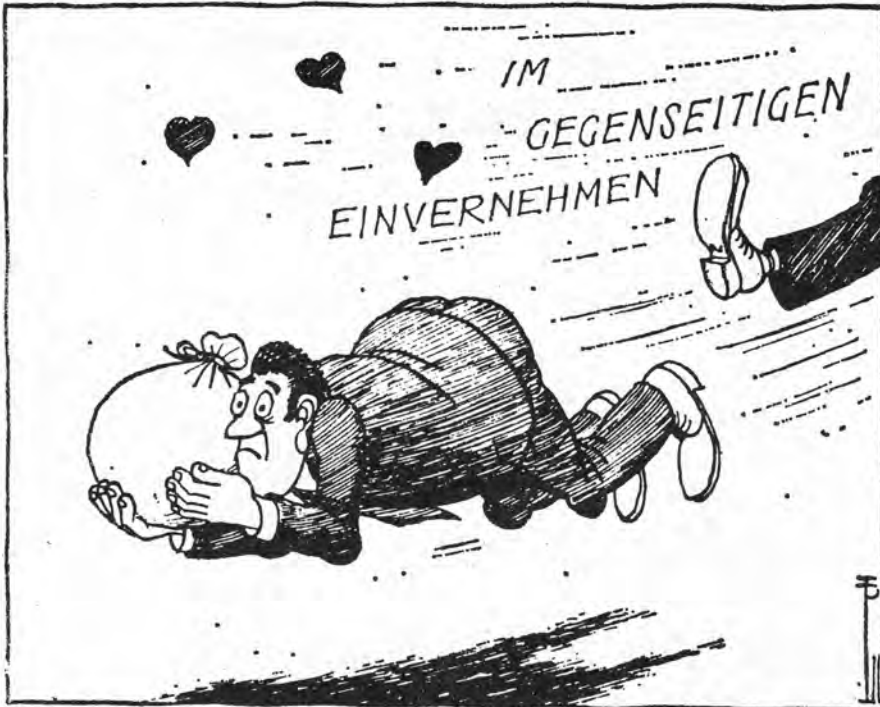
Dr. Eickmeier stumm, die Vorwürfe schienen sich in nichts aufzulösen. Im Dezember versuchte der Verwaltungschef wieder Fuß zu fassen. Nur mit Mühe konnte er von seinem Genossen Eberhard Krell - wie es heißt - von der Wiederaufnahme des Verwaltungsratsvorsitzes der Wilhelmshavener Sparkasse abgebracht werden. An einer Sitzung des Kreditausschusses der Sparkasse, der höchst vertrauliche Dinge bearbeitet, durfte er immerhin schon als Gast teilnehmen. Gegen Jahresende begannen sich Politik und Verwaltung auf die Rückkehr Dr. Eickmeiers einzurichten. Mit gemischten Gefühlen. In der Verwaltung sind die Karten inzwischen neu gemischt. Der Kämmerer Dr. Norbert Boese (SPD) und der Stadtrat Horst Engstler (CDU) nutzten die bürokratische und mehr mit Druck und Amtsautorität als Überzeugung arbeitende Leitung der Verwaltung durch deren derzeitigen Chef Dr. Hans-Jürgen Meyer-Abich. Ein Mitarbeiter: "Es gibt keinen Kopf. Meyer-

Abich hält sich überall raus. Engstler und Boese profilieren sich." Beiden wird Interesse an der Eickmeier-Nachfolge nachgesagt.

Nicht ohne Unbehagen wartet Eickmeiers Partei, die SPD. Ein Funktionär: "Wenn der wiederkommt, können wir die nächste Kommunalwahl gleich vergessen." Andere hingegen sind froh über die schnelle Solidarisierung der Partei mit dem angeschlagenen Verwaltungschef schon wenige Tage nach Erscheinen des Buches: "Immerhin wenigstens ein Feigenblatt."

Das bange Warten wird noch in diesem Monat ein Ende haben. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren konnten, sind die staatsanwaltlichen Ermittlungen abgeschlossen. In mehr als zehn Punkten soll noch im Januar gegen Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier Anklage wegen Betruges erhoben werden.

Stand: 6.1.84



Karikatur: Leger/Hann. Neue Presse

## GEWINN

werfen mittlerweile die in der Stadt aufgestellten Glascontainer ab. Dank des gewachsenen Umweltbewusstseins der Bürger ist es nicht mehr nötig, die betreibende Firma mit 24.000 Mark wie bisher zu bezuschussen. Die Stadt könnte sich hier auf Dauer eine Einnahmequelle erschließen. Warum nicht einen Gewinn aus dem Glas-Recycling-Geschäft in den Umweltschutz stecken?

## HARTNÄCKIG

weigert sich ICI nach wie vor, eingegangene Verpflichtungen hinsichtlich der Begrünung des Werkgeländes zu erfüllen. 10% des ICI-Areals sollten laut Bebauungsplan mit Büschen und Bäumen bepflanzt werden. Fachkreise gehen davon aus, daß die Stadt mittlerweile auf die Erfüllung dieses Anspruches verzichtet und gegenüber ICI klein beigegeben hat.

## Kommentar

Die Ära Eickmeier ist zu Ende. Die Nach-Eickmeier-Zeit hat begonnen. Wenn Moral und Politik auch nur noch ein bißchen miteinander zu tun haben, nimmt "Eicki" von selbst seinen Hut oder die Politiker werden ihn aus dem Sessel heben. Ein Ruhmesblatt kommunaler Verantwortung wird eine Beurlaubung oder Amtsenthebung des Oberstadtdirektors allerdings nicht mehr sein. Ein halbes Jahr hat der Rat bequem und untätig gewartet. Seine historische Stunde war bereits im August verstrichen.

Die SPD steht vor dem Scherbenhaufen falscher Solidarität. Die - wenn auch von vielen mit Magenschmerzen geheuchelte - Nibelungentreue der Partei zu "ihrem" Verwaltungschef wird auf Jahre hinaus Kainsmal und schlechtes Gewissen der Sozialdemokraten bleiben. Wer sich jahrelang von "seinem" übermächtigen Oberstadtdirektor von einer Identitätskrise in die andere stürzen ließ, braucht vor allem Ehrlichkeit und Offenheit, um wieder glaubwürdig zu werden. Nur dann dürfte die in den vergangenen Jahren prächtig gediehene Sumpflume CDU an Wasserknappheit leiden.

Der neue Verwaltungschef darf nicht aus Wilhelmshaven sein. Diese Stadt braucht jemanden, der unbefangen das Sumpfklima bekämpfen kann. Jemanden, der ohne äußere oder innere Verpflichtungen gegenüber Eickmeiers ehemaligen Mitkämpfern die Belange unserer Bürger verwalten kann.

Wolfgang Kuschel

## WAHLEN

Die Industriegewerkschaft Metall führt momentan in den Betrieben und Verwaltungsstellen ihre internen Organisationswahlen durch.

## HIER LIEGT DER GEGENWIND AUS

Bahnhofsbuchhandlung  
Lohse-Bissing, Marktstraße  
media press, Marktstraße  
Buchh. Jockusch, Gökerstraße  
Buchladen lesen & schreiben,  
F'Grodan, Albrechtstraße  
Willi Bleicher Zentrum, Gewerkschaftshaus Kielerstr.  
Kiosk Friedensstr./Gökerstr  
Pumpwerk  
Ruscherei Altengrodan  
Teestube Kluntje  
Fahrradladen Friederikenstr.  
Naturkostladen Jonathan,  
Weserstr.  
Popcorn, Gökerstraße  
Dazu in folgenden Kneipen:  
Esprita, Bett, Jatz, Lands  
Bnd, Zoff  
Apollo-Kino, Bismarckstraße  
Quodlibet, Börsenstraße



# Farbe in's Stadtbild



städtische  
Sozialarbeiter

so oder so?

## Hinein in den Förderkreis

Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung  
 Ich trete hiermit dem Gegenwind-Förderkreis bei.  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 Wohnort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 Ich erkläre mich hiermit einverstanden, daß der Gegenwind-Förderkreis  
 monatlich \_\_\_\_\_ DM von meinem  
 Konto Nr. \_\_\_\_\_ bei der  
 in \_\_\_\_\_ abbucht und  
 dem Kto.Nr. 12 62 87 41 00 bei der BfG-WHV unter dem Stichwort "Förderkreis" zuführt.  
 Wilhelmshaven, den \_\_\_\_\_ (Unterschrift)

Einsenden an W.Kuschel, Holtermannstr. 3  
 Mitglieder erhalten den Gegenwind kostenfrei

## KLEIN-ROTHENBURG

will uns Plaza - Betreiber NVA mit der neuen Fassade vor der blau-weißen Plaza-Schachtel beschützen. Im Bauordnungsamt war man bisher davon ausgegangen, daß Plaza 2,8 Mio. Mark nicht nur zur Verschönerung unserer Stadt verbaut, beziehungsweise weil man eh das Zelt nicht mehr aufstellen darf. Vielmehr meinte man zu wissen, daß Plaza umbaut, um die nächsten Anwohner vor zu hoher Lärmbelastung zu schützen.

Immerhin hatte sich im Sommer der Rühringer Bauverein bei der Stadt beschwert, weil die Quergeritter der Auffahrt tausendmal am Tag laut klacken und das Gebläse der Kühlanlage bei den neuen Häusern des Vereins 24 Stunden pro Tag höllisch lärm. Ein Gutachter stellte im Sommer fest, daß der Plaza-Lärm die gesetzlich vorgeschriebenen Höchstwerte weit überschreitet und fachkundige Ratsmitglieder unkten schon von Schließung des Großmarktes.

Der Leiter des Bauordnungsamtes Karl-Georg Sonnemann zum Gegenwind: "Plaza wußte, daß sie etwas für den Lärmschutz tun müssen, wenn die Wohnbebauung heranrückt." Und meinte, das würde nun auch geschehen. NVA-Sprecher Frerichs antwortete dazu auf Anfrage ausweichend. Man werde vielleicht so "eine Art Palisadenzaun" zwischen Plaza und den neuen Häusern aufbauen. Und Außerdem: "Was war zuerst da, die Henne oder das Ei?" Bleibt nur zu fragen, ob in dieser Stadt die Bestimmungen des Bundesimmissionsgesetzes gelten?

## ADRETT

wünscht sich Wilhelmshavens Sozialdezernent Horst Engstler (CDU) seine Sozialarbeiter. Wenn sie schon mit allerhand zu tun haben, über das ein feiner Konservativer die Nase zu rümpfen pflegt, dann sollen sie wenigstens ein leuchtendes Vorbild sein. Deshalb wünscht sich der stets korrekt und ansprechend gekleidete Sozialdezernent für seine Mitarbeiter an der Basis eine "Kleider-Vorschrift". Unverständlich, daß der Personalrat in einem Schreiben vom 28. 11. 83 von "Disziplinierung" spricht. Wäre es nicht eine treffliche Idee, alle Stadtbediensteten in den leuchtenden Farben unserer Jadestad einzukleiden? Leuchtende Gelb - rote Farbtupfer würden die Straßen fröhlicher machen, wenn Mittags Hunderte städtischer Amtsdien-

ner mit einem heiter versonnenen "Mahlzeit" auf den Lippen an Mutterns Suppenterine eilen! Die Dezernenten könnte man mit einer breiten Schärpe angemessen würdigen. Dem Oberstadtdirektor stände eine gelb-rot karierte Schleppe - getragen von den jungen Damen des Drum-Band-Zuges - gut zu Gesicht. Und der Oberbürgermeister sollte dazu mit leuchtendem gelbroten Helmbusch und goldenem Zepter vom stolzen Bürgergeist der deutschen Ölmetropole künden. Und wenn schon nicht die Dienstwagen der Stadt, so könnte man doch wenigstens die Dienstfahräder der Sozialarbeiter vom Stadtkünstler ansprechend gestalten lassen.

Der gut gekleidete Herr im Sozialdezernat verdient unseren Beifall.  
 Mit gelb-roten Grüßen  
 Pusterich



# Leserbriefe

Zum Artikel "Familienkrach" im "Gegenwind" Nr. 49

In dem Artikel werden über dem Auslöser für den Austritt der 3 Ratsherren der Bürgerschaft aus dem Kreisverband der Grünen von Differenzen innerhalb der Fraktion der Bürgerschaft berichtet und Spekulationen darüber angestellt. Wenn das Wort Differenzen für unterschiedliche Meinungen steht, so ist dies nichts ungewöhnliches. In jeder politischen Partei oder Gruppierung gibt es ein Ringen um den richtigen Weg und sachliche Auseinandersetzungen gehören nun einmal hierzu.

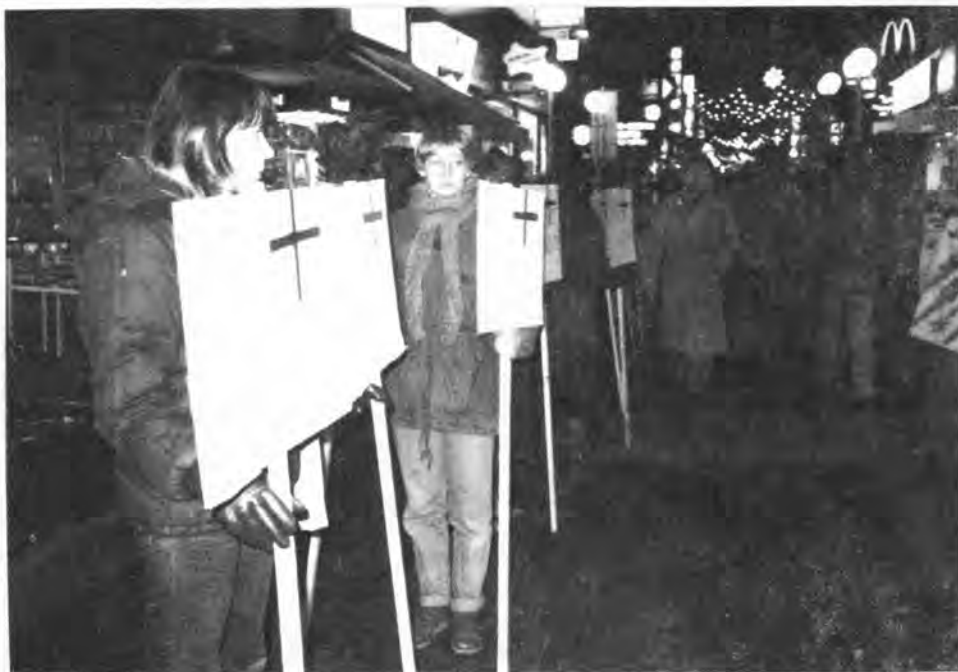
Wenn der Verfasser dieses Artikels Äußerungen zitiert, die aus dem Zusammenhang herausgelöst worden sind, so entsteht ein schiefes Bild. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die in dem Artikel wiedergegebenen Zitate zu sehen. Weder die Fraktionskollegen noch der Fraktionsvorsitzende Werner Delor wollten in der Art verstanden sein, daß der Eindruck entsteht, der eine wolle den anderen abqualifizieren. Die Fraktion der Bürgerschaft arbeitet im Rat nach wie vor effektiv zusammen. Dies haben in einem Gespräch mit mir sowohl die Fraktionskollegen als ganz besonders auch der Fraktionsvorsitzende Werner Delor versichert.

Lothar Preuß  
Ratsherr der Bürgerschaft

# REGENWURM

ist der bisherige Arbeitstitel für eine neue Schülerzeitung. Sie soll vom Stadtschülerrat herausgegeben werden. Erstmals sollen damit alle Wilhelmshavener Schulen erreicht werden (ohne Grundschulen). Für Mitarbeit und Artikel wäre die Redaktion dankbar. Die Anschrift: Stadtschülerrat W'haven Redaktion 'Regenwurm' Kirchreihe 18

Der 'Gegenwind' wünscht dem 'Regenwurm' viel Erfolg und wenig Frust!



Demo Marktstr. 12.12.83

# GEHOLFEN

werden soll nach dem Wunsch des Rates der verschmutzten Nordsee. Auf Antrag der SPD - Ratsfrau Gabriele Iwersen beschloß der Rat den Beitritt der Stadt Wilhelmshavens zur "Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V.", die sich vor allem die Rettung des Wattenmeeres zum Ziel gesetzt hat. Im Umweltausschuß hatte sich zuvor CDU - Ratsherr Focke Hofmann gegen eine dreitausend Mark teure, ordentliche Mitgliedschaft ausgesprochen.

# BEGRÜNEN

dürfen die Wilhelmshavener jetzt die Bürgersteige und der Straße zugewandte Hauswände. Wenn ein Bürgersteig breiter als 1,50m ist, dann dürfen an den Hauswänden Gehwegplatten entfernt und Grünzeug gepflanzt werden. (Beschuß des Bauausschusses vom 3.12.83)

GÖKERSTR. 104

AN ALLE: ARBEITSSCHNEHE, GEMERVTE,  
GESTRESSTE, BI-SEXUELLE, EUNUCHEN,  
VERKAPTE ALKIS, AUSSERIRDISCHE,  
FRÄKKS UND DEN REST DER LEUTE, DIE  
SICH NICHT ZU VOLLWERTIGEN MITGLIE-  
DERN UNSERER GESELLSCHAFT  
ZÄHLEN  
DIE KNEIPE FÜR ALLE: POPCORN  
SPRECHSTUNDE: MO-DO 10:00-2:00  
FR-SA 10:00-3:00  
SO 19:00-2:00



Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz. Unabhängig, überparteilich.

Herausgeber: Gegenwind-Förderkreis / Ehemalige Rotdorn-Redaktion (bis Nr. 38).

Verantwortlich i.S.d.P.: Wolfgang Kuschel, Holtermannstr. 30, 2940 Wilhelmshaven, Tel.: 33 11 9.

Anzeigen: Rainer Weber, Störtebekerstr. 2, 2940 Wilhelmshaven, Tel.: 3 86 59 o. 2 73 51.

Vertrieb: Siegfried Steiner, Ulmenstr. 1e, 2940 Wilhelmshaven, Tel.: 32 34 5.

Förderkreis: Werner Dalichow, Claudiusweg 1a, 2940 Wilhelmshaven, Tel.: 6 13 36.

Kernredaktion: Rolf Biermann, Werner Dalichow, Utschi Frank-Kuschel, Jochen Martin, Wolfgang Kuschel, Rainer Weber,

Zusätzliche Mitwirkende an dieser Ausgabe: CHRISTIAN DALICHOW

und viele andere Helfer. Erscheinungsweise: Je nach Finanzlage (möglichst) monatlich.

Auflage: 5 000

Druck: Wiechmann-Druck, Banter Markt, WHV, Tel. 20 11 24.

Fotos i.d.Ausg.: Friedensbewegung

Konto: BfG-WHV Nr. 12 62 87 41 00.

Erscheinungstermin: des nächsten Gegenwind: FEBRUAR



# Teegeflüster

## Der wundersame Rückzug Familas von der Jade

(woku) Den Wilhelmshavenern bleibt ein weiterer Verbraucher - Großmarkt erspart. Die Familia-Gruppe aus Oldenburg stoppte laut WZ "überraschend" ihr "beginnendes Engagement an der Jade". Gründe erfährt der zahlende Zeitungsleser wohlweislich nicht. Könnten sie ihm zu tiefe Einsichten in das vermitteln, was man "soziale Marktwirtschaft" nennt?

Das geplante Familia-Engagement in Wilhelmshaven war gut vorbereitet. Nach sorgfältigen Analysen vor Ort hatte der Ludwigsbürger Gutachter P. Vogels eine unterdurchschnittliche Attraktivität des Wilhelmshavener Einzelhandels festgestellt. Mit 175,2 Millionen Mark (das sind 17,4%) fließt aus Wilhelmshaven und Umgebung weit mehr Kaufkraft nach auswärts ab als anderswo. Davon wollte Familia 47 Millionen in die eigenen Kassen lenken.

Ein Familia - Großmarkt am Stadtrand, das hätte nicht nur die ohnehin nicht sehr lebendige Wilhelmshavener Innenstadt noch weiter verödet. Das hätte für die Verbraucher vielleicht auch niedrigere Preise, mit Sicherheit aber eine schärfere Konkurrenz in der bislang von der NVA (Plaza, Comet, Jadezentrum, Citycenter...) unumstritten beherrschten Jade-stadt bedeutet.

Der drohende Konkurrent rief den Einzelhandel auf den Plan - ersetzt doch ein Arbeitsplatz im Großmarkt zweieinhalb im traditionellen Einzelhandel. Das freie Spiel der Kräfte war nicht mehr gefragt. Bei einer Anhörung im Verwaltungsausschuß des Stadtrates forderte Verbandsvertreter Leffers, daß die Stadt die bestehenden Marktanteile sichere. Und die Großen an der Jade, EDEKA (VMS) und NVA warnten vor dem "Ausbluten" des "kleinen, selbständigen Handels". Marktriase NVA drohte sogar mit der Schließung des Jadezentrums, der Aufgabe verschiedener Bäckereien, ja sogar mit der Verlegung der NVA-Zentrale von Wilhelmshaven nach Hamburg - und als Folge all dessen mit steigender Arbeitslosigkeit an der Jade. Außerdem winkten der Handel und die ebenfalls nicht gerade der Planwirtschaft verpflichtete CDU mit einer alten - eigentlich sehr vernünftigen - Ratsvereinbarung, die keine weiteren Großmärkte mehr vorsieht.

Doch plötzlich waren die vom hiesigen Einzelhandel so hart ins Gebet genommenen Politiker gar nicht mehr gefragt. Anfang Dezember bekundeten zwei Familia-Vertreter in einem Gespräch mit dem Stadtkämmerer Dr. Norbert Boese "überraschend" (WZ), daß Familia freigiebig auf 47 Millionen Jahreseinnahmen verzichte.

Gutinformierte Kreise, zu denen kein Geringerer als Familia-Gesprächspartner Boese selbst zählt, wollen wissen, daß Familia gar nicht so ganz freiwillig zurückgezogen habe. Des Rätsels Lösung soll im Teedurst der Ostfriesen und Wilhelmshavener liegen.

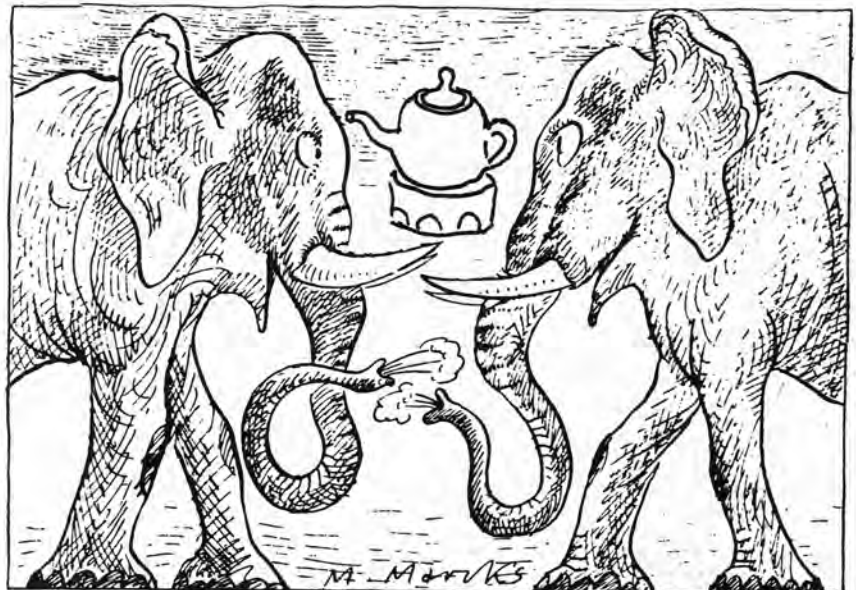
Ein Viertel allen deutschen Tees fließt durch die Kehlen der Küstenbewohner. Ein bedeutender ostfriesischer Teeproduzent, die Firma Bünting aus Leer, setzt nach Auskunft ihres Sprechers Lindner sogar über die Hälfte ihres Tees in unserer Region ab. Ein - wie Lindner sagt - "sehr großer Abnehmer" von Bünting-Tee ist aber die NVA (Sitz: Wilhelmshaven), die zwischen Ems und Jade z. ahlose Einzelhandelsgeschäfte betreibt, in denen sie Büntingtee anbietet. Ganz zufällig nun - so Insider - habe NVA entdeckt, daß Familia knapp zur Hälfte (genau zu 49%) der Firma Bünting gehöre. Was habe da näher gelegen, als daß Teekäufer NVA den Teeproduzenten

ten Bünting auf die gemeinsamen Interessen in Sachen Tee und den möglichen Einfluß Büntings auf Familia aufmerksam gemacht habe. Wer würde es nicht bedauern, wenn sich auf NVA-Regalen kein Bünting Tee mehr fände? Freilich, die teils verärgerten, teils verschreckten Dementis der befragten Firmensprecher verunklarten zunächst den Sachverhalt nicht weniger als gute Sahne von NVA klaren Bünting - Tee trüb und lecker macht.

NVA - Sprecher Frerichs hielt Dr. Boeses Theorie für "Unsinn" und "kaufmännisch unsinnig". NVA habe keinen Druck auf Bünting ausgeübt. Dem wollte sich auf Gegenwind-Anfrage Bünting-Chef Ludwig Klopff jedoch nicht anschließen. Klopffs Äußerungen war zu entnehmen, daß sich Bünting auch in der Vergangenheit schon mehrfach in der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen durch die Wilhelmshavener NVA beeinträchtigt sah. Immerhin: offensichtlich hat uns Großmarktbesitzer NVA einen weiteren Großmarkt vom Halse gehalten.

Die WZ kannte diesen Sachverhalt - und enthielt ihn ihren Lesern vor. Verständlich: Laut Werner Ehlert - verantwortlich für den Anzeigenteil der WZ - ist NVA zwar nicht der größte, aber doch ein "sehr potenter Anzeigenkunde".

PS. Die nächste Runde steht schon an: Nach Ansicht des CDU-Ratsherrn Focke Hofmann läßt sich der für das Olympia-Gelände geplante 20.000m<sup>2</sup> Verkaufsfläche weite Großmarkt durch die vorgesehenen rechtlichen Schritte der Stadt allenfalls aufschieben, aber nicht verhindern.



## Kleinanzeigen

! Schlagzeug gesucht! Die neu gegründete Band im Verein der Türken braucht dringend ein gebrauchtes Schlagzeug!! Informationen bitte an Tel. 20 14 24

2 nagelneue Perücken zu verk. 304679  
alter, runder Klavierstuhl gesucht 33119

geräumiger Schreibtisch  
gesucht 33119

# 50. NUMMER

Zum 50. Male erscheint diese Zeitung regelmäßig - das bedeutet rund fünf Jahre lang etwa zehn Nummern pro Jahr mit unterschlagenen und alternativen Informationen. Ein Grund zum Jubeln? Wir meinen: Nein. Eher zum Zähnezusammenbeißen.

Bundesweit sterben reihenweise die Blätter, die sich vornahmen, undemokratische Praktiken, erstarrte und verfilzte Verhältnisse anzugreifen. Vor nich allzu langer Zeit gab es in Wilhelmshaven noch eine ganze Handvoll alternativer Blätter - kurioserweise hat ausgerechnet das älteste durchgehalten.

Doch auch uns bläst der Wind schärfer ins Gesicht. Nach dem Motto: "Nicht der ist der Schmutzfink, der den Dreck macht, sondern der, der ihn veröffentlicht" will man uns ans Leder. Die Mächtigen wollen sich weniger denn je in die Karten sehen lassen. Die großen Parteien machen die Schotten dicht. Die tonangebenden Leute in der Verwaltung bemühen sich nicht um Durchschaubarkeit ihres Handelns, wie es eine Demokratie erfordert. Geheimpolitik ist Trumpf.

In der Stadtverwaltung werden denn auch folgerichtig des Verrats verdächtige Mitarbeiter mit der Androhung von Strafanzeigen eingeschüchtert. Rechtsamtsleiter Wolfgang Frank führt hochnotpeinliche Einzelverhöre durch, um Gegenwind-Informanten zu erwischen. Während die CDU ihre Politik seit eh und je unter Auschluss der Öffentlichkeit hinter

verschlossenen Läden betreibt, stellt sich die SPD offener und damit verletzbarer dem Urteil der Bürger. Das hinderte den Wilhelmshavener SPD-Vorstand nicht, erst kurz vor Weihnachten einen Beschluß zu fassen, der allen unbefugten Gegenwind-Informanten automatisch ein Parteiordnungsverfahren bescheren soll.

Auch die Herstellung der Zeitung ist nicht immer einfach. Oft wird eine Nummer auf Biegen und Brechen unter starkem Termindruck zusammengestellt. An vielem fehlt es: An Geld immer, an Helfern und Verteilern manchmal, gelegentlich sogar an Schreibern.

Genugtuung verschafft der häufige Zuspruch - von unbeteiligten Bürgern aller Schichten, von Politikern und Verwaltungsmenschen. Die Geheimpolitik unserer Politspitzen und die Monopolstellung der WZ sind zweifellos unsere stärksten Verbündeten. Solange in dieser Stadt immer noch Ferkeleien kaltschnäuzig oder ängstlich unter den Teppich gekehrt werden, wollen wir das schlechte Gewissen der Wilhelmshavener Politik sein.

Deshalb: Trotz alledem Gegenwind!

Die Redaktion

Hans Janßen, Oberbürgermeister:

"Ja, was soll ich dazu sagen? Seit ich Oberbürgermeister bin, bekomme ich den 'Gegenwind' merkwürdigerweise leider nicht mehr so regelmäßig. Ich finde den 'Gegenwind' interessant, fühle mich eigentlich nicht ungerrecht behandelt. Von Ratskollegen weiß ich allerdings, daß man bei Anrufen des 'Gegenwind' auf der Hut sein muß, um nicht in einer Darstellung zu erscheinen, in der man so nicht hinein wollte..."

Hermann Hülzer, CDU-Ratsherr:

"Ich sehe den 'Gegenwind' als alternative Presse zu dem, was hin und wieder nicht in der Zeitung steht. Sie sind eine Zeitung mit spitzer Feder, durchaus nicht beleidigend, Ihre Attacken sind aber gelegentlich überpointiert. Insofern schmoren Sie auch nur im eigenen Saft - allerdings lese ich Sie öfter als den 'Spiegel'..."

Wolfgang Latendorf, Fraktionsvorsitzender der 'Liberalen':

"Der 'Gegenwind' ist wichtig für die politische Kultur in WHV im Sinne von Gegenwind von vorne. Bemerkenswert ist die Kontinuität des 'Gegenwind' und sein Durchhaltevermögen, zumal er ohne Lobby und nicht Sprechrohr einer Interessengruppe ist. Der 'Gegenwind' ist einseitig, muß einseitig und darf nicht ausgewogen sein. In dieser Einseitigkeit ist er notwendiges Gegengewicht und wichtige Ergänzung zur Wilhelmshavener Presselandschaft. Darin liegt die Ausgewogenheit.

Arno Wagner, Stellvertr. SPD-Vors.

"Schon die Tatsache, daß es in WHV nur eine regionale Tageszeitung gibt, erfordert die Existenz einer alternativen Presse...Viele aus Rat und Verwaltung empfinden die alternativen Blätter schlichtweg als Störenfriede. Man ist schnell mit Kritik über den Stil bei der Hand. Gegenüber der einzigen Zeitung in dieser Stadt hat man diese Kritikfähigkeit schon aufgegeben, weil man sich abhängig fühlt. Ich würde es nicht bedauern, wenn der 'Gegenwind' mich bei der 500. Ausgabe erneut um eine Stellungnahme bäte."

## Andere über uns

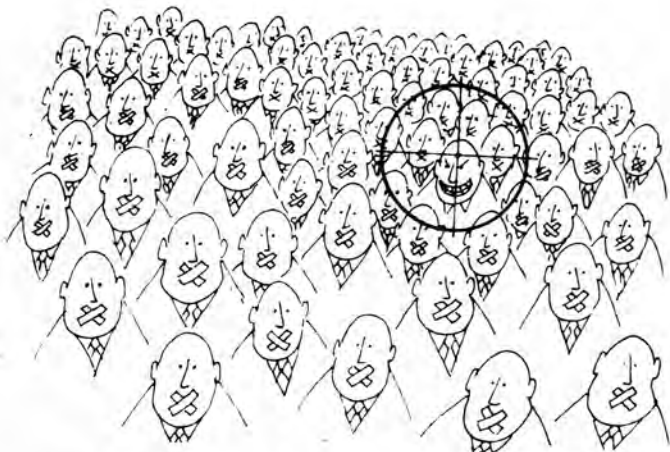
Über vieles und viele haben wir in der Vergangenheit geschrieben. Manche ärgerten sich über uns, andere nicht. Um Näheres zu erfahren, haben wir nachgefragt:

Hans-Hermann Braun, IG-Metall:

"Grundsätzlich ist es wichtig, daß etwas gegen die Monopolpresse in WHV gesetzt wurde. Insbesondere der 'Gegenwind' liefert wichtige Hintergrundinformationen. Die nicht extrem politische Richtung des 'Gegenwind' empfinde ich als angenehm. Ich wünsche Euch auch weiterhin auf diesem Wege viel Erfolg..."

Dr. H.-J. Meyer-Abich, Stadtdirektor:

Anmerkung: Meyer-Abich verweigerte uns eine Stellungnahme, wir erlauben uns aus einem 'Gegenwind'-Gespräch vom 3.1.84 zu zitieren: "Der 'Gegenwind' ist ein komisches Blättchen, daß meine Leute durch den Dreck zieht. Ich rede nicht mit dem 'Gegenwind'. Ich liefere Euch nicht das Material gegen unsere Leute...!"



...jetzt haben wir ihn (s. Artikel links oben)



**Bruno Weber, DGB-Vorsitzender:**  
 "...auch wenn der 'Gegenwind' nicht meinen ungeteilten Beifall findet, so spießt er doch manch Ungereimtes in unserer Stadt auf, das sonst vielleicht der Öffentlichkeit verborgen bliebe. Ich wünsche mir manchmal mehr Realismus und Objektivität, damit die Berichte und Beiträge eine größere Anerkennung - als das in der Vergangenheit der Fall war - erfahren können."

**Udo Bergner, SPD-Fraktionsvorsitzender:**  
 "Der 'Gegenwind' ist sicherlich eine Bereicherung für die lokale Presselandschaft. Was Themenauswahl und Themenbehandlung betrifft, scheint er jedoch hin und wieder, entsprechend seiner alternativen Zielsetzung, einer subjektiven 'Wahrheit' verpflichtet."



*Für alle, die schon immer wissen wollten,  
 wer hinter dem 'Gegenwind' steckt...*

**Hanna Stelzer, SPD-Ratsfrau:**  
 "Viele Informationen, die sonst nicht oder nicht so erfahren würde, bekomme ich durch den 'Gegenwind'. Ich bin immer gespannt auf die nächste Ausgabe, unabhängig davon, ob alle Neuigkeiten immer der Wahrheit entsprechen. Bedauern muß ich immer noch Euren Austritt aus der SPD, auch wenn ich es aus der damaligen politischen Situation verstehen kann..."

**Eberhard Schodde, CDU-Fraktionsvorsitzender:**  
 "Ich lese den 'Gegenwind' immer, wenn ich ihn bekomme. Manchmal stört mich, daß Sie mit Dingen, die eigentlich vertraulich sind, an die Öffentlichkeit gehen, in einem Stadium, wo sie schaden können. Ich finde es durchaus interessant, wie bei Ihnen in einer festgelegten Denkrichtung Vorgänge gewertet werden..."

**Roul Tiaden, Stadtschülerrat:**  
 "Ohne 'Gegenwind' wären kritischer Journalismus, Meinungs- vielfalt und Pressefreiheit graue Theorie ... Dank für Eure vielfältige Unterstützung bei unseren Problemen und Aktionen. Viel Spaß und Rückenwind für die nächsten 50 Ausgaben!"

**Hans-Jürgen Kaiser, Bürgermeister:**

"Der 'Gegenwind' wird seinem Namen gerecht. Er stellt eine notwendige Ergänzung der Wilhelmshavener Lokalpresse dar, für uns 'Grüne' manchmal die einzige Möglichkeit, uns öffentlich zu artikulieren. Ich wünsche dem 'Gegenwind' zur Jubiläumsnummer 50 viel Rückenwind!"

**Klaus Vogel, SPD-Vorsitzender:**  
 "Im Augenblick sehe ich keine Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Wir haben so unsere Schwierigkeiten mit Euch (das meine ich nicht persönlich), da es im Augenblick nicht den Konsens in der SPD gibt. Wir sind im Augenblick in einer Phase der Meinungsbildung. Die Barriere zu Euch kann ich politisch noch nicht überwinden, um unbefangen mit Euch zu reden."

**Hans-Jürgen Schmid, WZ:**  
 "Eigentlich ist mir der 'Gegenwind' nicht sonderlich bekannt. Ich weiß nur, daß er von den Ratsmitgliedern ständig und aufmerksam gelesen wird... Im übrigen hecheln wir solchen Publikationen nicht hinterher..."

**Werner Biehl, Vors.d. "Grünen"**  
 "Über die 50. Ausgabe des 'Gegenwind' bin ich erfreut, verbunden mit Bewunderung für die kontinuierliche Arbeit des Teams. Leider sind es 'nur' 5000 Exemplare, die mühsam und kostenlos an die Leser gelangen. Eure Arbeit ist notwendig angesichts der Hofberichterstattung der WZ..."

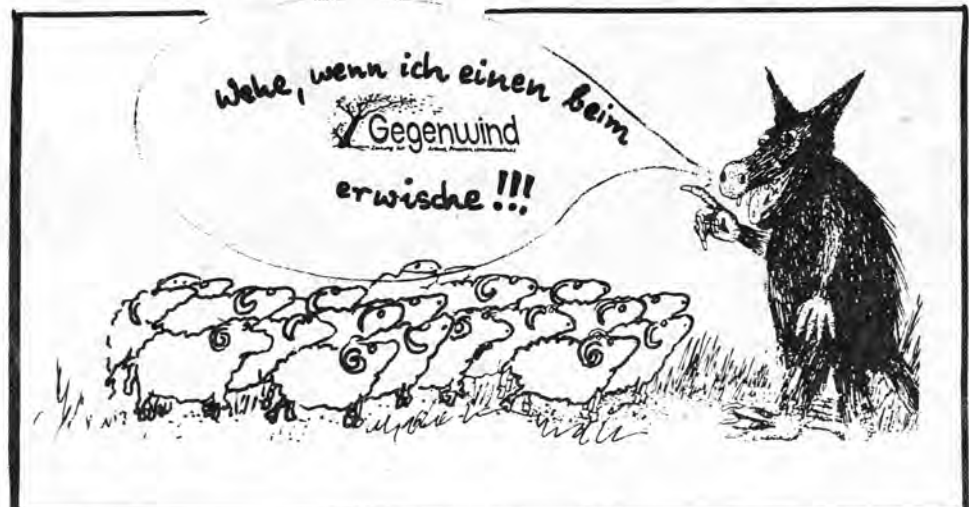
**Hannes Klöpfer, Bürgerinitiative Umweltschutz WHV:**  
 "Der 'Gegenwind' ist von seiner Auflage und Erscheinungsweise leider kein genügendes Gegengewicht zur WZ..."

**Eberhard Krell, SPD-Ratsherr:**  
 "Also, dazu sage ich nichts...!"

**Wolfgang Niermann-Fuhlbohm, Vors. d. Stadtjugendringes:**  
 "Als Sprachrohr der fortschrittlichen Bewegung in WHV ist der 'Gegenwind' unverzichtbar. Ohne ihn könnten wir unsere Anliegen und Inhalte kaum überbringen. Angesichts der einseitig ausgerichteten Wilhelmshavener Tagespresse wird der 'Gegenwind' auch weiterhin dringend gebraucht. Wünschenswert wäre, was aber, ich weiß, nicht machbar ist, ein häufigeres Erscheinen."

**Dr. Uwe Anders, Ratsherr der Bürgerschaft:**  
 "Die Veröffentlichung von bestimmten Hintergrundinformationen z. B. Kommentare zum städt. Haushalt etc. erscheinen im 'Gegenwind' in einer Weise, wie sie in der WZ nicht zu finden sind. Der 'Gegenwind' ist darüber hinaus wichtig auch als Forum für Minderheiten und Gruppen, die sonst keine Gelegenheit haben, ihre Anliegen ungefiltert an die Öffentlichkeit zu bringen."

**Alle Übrigen**  
 Viele haben wir nicht befragt (Platzmangel). Wer sich übergangen fühlt, bitten wir um Nachsicht. (Red.)



# Staatliche Morde

## Ausstellung in der 'Perspektive'

Die ai-Gruppe Wilhelmshaven zeigt bis zum 29.1.84 in der Galerie Perspektive, Schellingstraße 21, eine Fotodokumentation zum Thema Staatlicher Mord. Eintritt frei.!

"Extralegale Hinrichtungen" nennt amnesty international diese Verbrechen, um auszudrücken, daß es sich hier um vorsätzliche Tötungen handelt, die weder etwas mit der Vollstreckung gerichtlicher verhängter Todesurteile zu tun haben, noch mit Tötungen im Krieg oder mit Todesfällen bei der legitimen Gewaltanwendung durch Gesetzesvollzugsorgane.

Seit 1970 hat ai aus nicht weniger als 27 Ländern gut dokumentierte Berichte über Morde erhalten, die im Auftrag einer Regierung oder mit ihrer Billigung begangen wurden. Hunderttausende wurden in den letzten zehn Jahren Opfer politischer Morde - ausgeführt von der Armee oder Polizei ihres Landes, von Sondereinheiten, die für Einsätze außerhalb der normalen Dienstaufsicht geschaffen wurden, von "Todesschwadronen" oder staatlich gedungenen Mördern. Die Opfer - Einzelpersonen und ganze Familien - stammten aus allen sozialen Schichten und gehörten den verschiedensten politischen Richtungen an. Richter, Anwälte, Offiziere, Gewerkschafter, Ärzte, Journalisten,

Lehrer, Studenten und Schüler, Kirchenmitarbeiter und Bauern.

In einigen Fällen sind politische Persönlichkeiten in aller Öffentlichkeit ermordet worden, in anderen wurden ganze Dörfer ausgelöscht, und die Außenwelt erfuhr erst nach Wochen oder Monaten davon. Häufig gehörten die Opfer der politischen Opposition an - oft aber waren sie einfach Angehörige einer bestimmten Volksgruppe oder lebten in Gebieten, in denen Sicherheitsoperationen durchgeführt wurden. Diese Morde verletzen den unumstößlichen Grundsatz, daß Regierungen ihre Bürger vor einer willkürlichen Beraubung ihres Lebens schützen müssen.

Diese Ausstellung kann nur auf einige wenige Beispiele für die weitverbreitete Praxis der politischen Morde durch Regierungen hinweisen. Anhand der neun exemplarisch ausgewählten Länder Argentinien, Chile, El Salvador, Guatemala, Indien, Iran, Kampuchea, Libyen und Philippinen wird die Vielschichtigkeit dieser Problematik dokumentiert.

## DIE WERKSTATT



an- und verkauf  
von  
fahrrädern

vertrieb von  
windenergieliteratur

Friedrichstr. 84  
2940 Wilhelmshaven  
tel. 04421/  
34225

öffnungszeiten  
di-fr  
8-18 und  
16-18 uhr

## UNHALTBAR

wird in zunehmendem Maße der Einstellungsstopp in der Stadtverwaltung. Da gerade im Reinigungsdienst die Fluktuation der Mitarbeiter besonders groß ist, fehlen hier mehr und mehr die Arbeitskräfte. Informierte Kreise vermuten, daß hiermit der Boden für weitere Privatisierungen vorbereitet werden soll.

# He, du!

## Wir brauchen

# Basiskorrespondenten.

Basiskorrespondenten? Ja klar doch! Leute, die Bescheid wissen über das, was so in den Betrieben, bei Behörden, in den Schulen u.s.w. vor sich geht, Leute, die wissen, wo's Knatsch mit dem Vermieter, der Polizei oder der Stadtverwaltung gibt, Kurzum wo's nach Anmaßung, Amtsmissbrauch, Schikane oder anderem stinkt. Wer also die linke Lust am Informieren, Schreiben, Tippen, Zeitungsmachen insgesamt, Verteilen u.s.w. hat, der/die ist für uns gerade richtig. Ruft einen der Leute an, die im Impressum S.8 stehen!





## Der Landtag ruft!

### Streit in der CDU - Janssen übergeht Partei

(ufk.) Selten wohl fand eine Gegenwind-Nachfrage eine so prompte Reaktion wie unsere Frage an den Oberbürgermeister Hans Janßen (CDU), wen er sich denn nach seinem Verzicht auf eine weitere Landtagskandidatur als Nachfolger wünsche. Unmittelbar nach dem Gegenwind-Gespräch gab Janßen der WZ den Wirk, seine Sicht der Dinge unters Volk zu bringen.

Janßen verfolgt dabei zweierlei Interesse: Dem Gegenwind gegenüber verwies Janßen bei der Begründung seines Verzichts auf sein Alter und auf seine bereits zwanzigjährige Tätigkeit im Landtag. In der CDU pfeifen es jedoch die Spatzen von den Dächern, daß man Janßen 1986 eine Wahl-niederlage ersparen will. Denn man weiß sehr wohl, daß die Bedingungen für Janßens Wahlsieg 1982 dank der tiefen Krise in der SPD in Bund, Land und Stadt optimal waren. CDU-Kreise gehen davon aus, daß die Konservativen 1982 ihre Schallgrenze erreicht hatten. Will man mit Janßen aber 1986 die Kommunalwahlen gewinnen, dann darf man ihn nicht vorher durch eine Niederlage im Landtagswahlkampf verschleißen.

Zum anderen befürchtete Janßen offensichtlich eine Schwächung seines Traumnachfolgers Dr. Hans Joachim Gottschalk. Gottschalk hatte nämlich - und das war seit Dezember bekannt - Konkurrenz im CDU-Fraktionschef Eberhard Schodde und dem rührigen Bauausschußvorsitzenden Focke Hofmann. Im Unterschied zu Gottschalk und Schodde hatte Hofmann seine Bewerbung sogar bereits am 2.1. schriftlich angemeldet. Das WZ-Gespräch mit Janßen fand nach Hofmanns Bewerbung statt. Trotzdem in der Zeitung kein Wort davon. Daß die CDU sich mit der innerparteilichen Demokratie schwerer tut als andere Parteien ist bekannt, daß Janßen jedoch nach der Gegenwind-Anfrage ohne jegliche Rücksprache mit Gremien

der Partei bzw. Fraktion seinen Kronprinzen Gottschalk in Szene setzte, ruft selbst in CDU-Kreisen Kopfschütteln hervor.

Doch der fleißige Hofmann ist in der CDU-Spitze bekanntlich nicht wohlgefallen. Anlässlich der letzten Kommunalwahl drückte man ihm den als SPD-Hochburg geltenden Wahlbezirk Fant auf - den er mit dem drittbesten Wahlergebnis in der Stadt für die CDU holte. Trotzdem hielt man ihn nach der Wahl vom Fraktionsvorstand fern. Christdemokraten vermuten, daß damals wie heute alte private Rechnungen beglicher werden.

Nun denn: Hofmanns Kandidatur wird heilsame Unruhe in die behäbige Wilhelmshavener CDU tragen. Trotzdem wird es Hofmann nach Ansicht von Insidern nach dem lautstarken Alleingang Janßens schwer haben, von den CDU-Ortsverbandsvorsitzenden zu Diskussionen an der Basis eingeladen zu werden. Dazu schauen die Konservativen denn doch zu sehr auf den großen Alten an der Spitze.

Spannung verspricht das Verhalten des dritten Kandidaten Eberhard Schodde. Er hält sich bislang abwartend im Hintergrund. Und dabei halten ihn als Unternehmensverbanasfunktionär viele für den idealen CDU-Kandidaten.

## DOSTLUK

Der Ende 1983 entstandenen türkisch/deutschen Zeitung  
DOSTLUK / FREUNDSCHAFT  
wünscht der Gegenwind viel Erfolg!

## MANGEL

an Landtagskandidaten leidet die SPD nicht, gleich fünf Mitbewerber wollen dem blassen Ulrich Iserloche das Landtagsmandat streitig machen. Die besten Chancen hat derzeit nach Gegenwind Informationen SPD-Vize Arno Wagner, der im Sommer mutig dem SPD Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier die Stirn bot und aus allen Lagern der Partei Zuspruch erfuhr. Mit im Rennen ist auch der fleißige SPD-Pressesprecher Hartmut Herzog, der als Lehrer jedoch dem Arbeiter Udo Hegenbart den Vortritt lassen würde. Wie Hegenbart und der Olympia-Angestellte Wagner würde auch Georg Rohde, Vorsitzender des städtischen Gesamtpersonalrats, gezielt die Interessen der "Kleinen Leute" vertreten. Mit von der Partie will 1986 auch wieder Eickmeierintimus Wilfried Adam sein. Er müßte jedoch als "Rechter" gegen den "Rechten" Iserloche antreten. Außerdem will Adam auch gleich noch den Oberbürgermeisterposten. Dafür braucht er allerdings auch vorher das Landtagsmandat, denn als städtischer Bediensteter dürfte er nicht für den Stadtrat kandidieren.



# 35 STUNDEN

(RaWe) Was die derzeit anlaufenden Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern so sehr von vorangegangenen unterscheidet, das ist die zweifellos hochinteressante Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stunden - Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich.

Die Positionen sind klar. Für die Gewerkschaften bedeuten Arbeitszeitverkürzungen einen möglichen und sehr effektiven Schritt zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber hingegen befürchten Kostensteigerungen und Arbeitsplatzverluste. Sie lehnen pauschal und kompromißlos die Gewerkschaftsforderung ab und favorisieren die Forderung ihres Arbeitsministers Norbert Blüm nach einer sogenannten "Vorruhestandslösung", welche besagt, daß Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben wird, bereits mit 59 Jahren bei reduzierten Bezügen in Rente zu gehen.

Sicher, eine Möglichkeit zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit ist das auch. Aber nur, wenn die Unternehmer gleichzeitig für jeden "Frührentner" auch einen Arbeitslosen einstellen. Das allerdings kann durch vielerlei Tricks umgangen werden. Somit würde diese Regelung nur bedeuten, daß Unternehmer ältere Arbeitnehmer bequem auf Kosten der Rentenversicherung und somit auch des Steuerzahlers abschieben können.

Im übrigen bte Deutschland die gleichen wellen der Unternehmerentrüstung gegen Arbeitszeitverkürzung bereits bei Forderungen zur Einführung der 50.-45-od. 40-Stunden-Woche. Auch damals hieß es wie heute, daß der Ruin der blühenden Industrie oder ein tödlicher Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten sei. Genau das Gegenteil trat ein. Dazu das unabhängige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 1963 in einem Gutachten im Auftrag des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard:

"Die Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik konnte alles in allem zu keinem günstigeren Zeitpunkt beginnen, als sie einsetzte. Ihre Wirkungen waren samt und sonders antizyklisch, sie stützten Beschäftigungszahlen, Masseneinkommen und Investitionsneigung zu einer Zeit, als überall in Europa und in den USA Produktions-, und Investitionsrückschläge einsetzten und auf die Bundesrepublik überzugreifen drohten."

Und heute?



Die Arbeitslosigkeit von 2,5 Mill. Menschen kostet jährlich 70 Mrd. DM. Eine umfassende Arbeitszeitverkürzung kann die Kosten aufgrund der Beschäftigungs-, und Humanisierungswirkung senken und somit auch die Beiträge zur Arbeitslosen-, Renten-, und Krankenversicherung, was sich dann auch betriebswirtschaftlich und entlastend auf die Arbeitnehmereinkommen auswirkt. Die Arbeitgeber unterstellen, daß eine Verkürzung um fünf Arbeitsstunden mehr als 12,5 Prozent der Lohn-, und Gehaltssumme kosten. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß nur rund 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam sind. Der Rest wird durch Produktionssteigerungen ausgeglichen. Somit kosten 5 Stunden Arbeitszeitverkürzung nicht 12,5 Prozent, sondern nur etwa die Hälfte.

Die Unternehmer werden nicht zusätzlich belastet. Es wird von den Gewerkschaften nicht mehr gefordert als sonst. Lediglich die Art der Forderung ist anders. Aber es soll wie bisher ein Ausgleich der Preissteigerungsrate, des Produktivitätszuwachses und ein Umverteilungsbeitrag erreicht werden.

Bei "normalen" Lohn-, und Gehaltsverhandlungen werden in entsprechendem Umfang Verbesserungen der Einkommen gefordert. Geht es wie heute um Arbeitszeitverkürzungen, dann sollen mit Ausgleich der Preissteigerungsrate z.B. die Reallohne gesichert werden. Und die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze durch Verminderung der Arbeitszeit wird mit dem Produktivitätszuwachs und dem Umverteilungsbeitrag begründet.

Eine volle Verwirklichung der 35-Stunden-Woche könnte mit der durchschnittlichen "normalen" Produktivitätssteigerung von zwei Jahren "bezahlt werden". Das wirkt sich dann zu Lasten sonst höherer Lohn- und Gehaltssteigerungen aus.

Es müssen auch nicht erst neue Arbeitsplätze eingerichtet und bezahlt werden, weil heute die Produktionskapazitäten nur zu 70-80 Prozent ausgelastet sind. Die Arbeitsplätze sind also vorhanden und müßten nur besetzt werden.

Die Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze. Das bestreitet außer den Arbeitgebern praktisch niemand. Es ist nur umstritten, wie viele Arbeitsplätze es sind. Infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit zwischen 1973u. 1979 gab es 1979 1 Million Beschäftigte mehr und 650 000 Arbeitslose weniger als ohne die Arbeitszeitverkürzung, wie das Institut für Arbeitsmarkt-, und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit berechnete.

Die Arbeitgeber werden durch ihre eigene Praxis widerlegt: Auch Kurzarbeit, Entlassungen und die 59er Regelung sind nichts anderes als Arbeitszeitverkürzungen. Nur diese gehen zu Lasten der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit.



## Fortsetzung von Seite 12

Die Einführung der 35-Stunden-Woche bedeutet also eine Verringerung des Arbeitsvolumens um 12,5 Prozent und, zieht man etwa 50 Prozent davon als Produktivitätssteigerung ab, eine Beschäftigungswirkung von 6,25 %. Das bedeutet, daß durch die 35-Stunden-Woche 1984 mehr als 1 500 000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen würden. Ferner ist der volle Lohnausgleich wichtig, damit die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung nicht noch verschärft oder gefördert werden, damit die Massenkaukraft nicht sinkt und die Waren auch abgenommen werden, die durch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dazu noch einmal das unabhängige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das bereits vor zwanzig Jahren empfahl: "Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß Arbeitszeitverkürzungen in der Hochkonjunktur zurückgestellt und im Zeitpunkt konjunktureller Flaute - insbesondere falls die Vollbeschäftigung bedroht ist - bevorzugt durchgeführt werden, wobei der volle Lohnausgleich garantiert sein muß, um die Deflationstendenzen nicht zu verstärken."

( die Kaufkraft zu erhalten.)

**PASST BLOSS AUF**

"Wir sind eine Nation mit globalen Verantwortungen.

Wir sind nicht irgendwo in der Welt, um irgend jemandes Interessen zu verteidigen.

Wir schützen unsere eigenen."

Reagan zu Libanon und Grenada am 27.10.1983 in Washington

Unterstützt GEGENWIND durch ein Förderabo  
Förderabo - für Dich und zum Verschenken!

**Abonniert!**

Ich möchte Gegenwind durch ein Förderabo unterstützen.

Ich abonniere zehn Nummern des Gegenwind zum Förderpreis von

35,-- DM

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Ich lege den Betrag als Scheck bzw. in Briefmarken bei.

Wilhelmshaven, den \_\_\_\_\_ (Unterschrift)

Einsenden an W. Kuschel, Holtermannstr. 30  
Gegenwind wird regelmäßig zugeschickt.

**NWK und Umweltschutz**

"Die Rauchgasentschwefelung im Kohlekraftwerk ist ein greifbares Beispiel Wilhelmshavener Umweltschutzpolitik."

(Umweltbericht 1982 der Stadt Wilhelmshaven)

Die hohen Schornsteine der Wilhelmshavener Industrie sind ein sichtbares Beispiel für die Hauptursache der sterbenden Wälder und Seen insbesondere in Nord- und Mitteleuropa.

Aber "unser" umweltfreundliches Kraftwerk tut natürlich alles, um den Schadstoffausstoß so gering wie möglich zu halten!? Wir kamen bei unseren Nachforschungen zum Thema Waldsterben einem Skandal auf die Spur, der an Menschenverachtung und Verantwortungslosigkeit aus Gewinn-sucht seinesgleichen sucht:

Die NWK schaltet die Rauchgasentschwefelungsanlage immer dann ab, wenn der Schwefelausstoß nicht groß genug ist!!

Um den Skandal deutlich zu machen, müssen wir leider etwas ausholen:

Beinahe jede Kohle hat einen anderen Schwefelgehalt. Die Genehmigung für den Schadstoffausstoß des Kraftwerkes kann sich natürlich nicht auf die Kohle mit dem niedrigsten Schwefelgehalt beziehen, sondern wird sich zwangsläufig an der Kohle orientieren, die den höchsten Schwefelanteil enthält.

Daraus ergibt sich, daß der Schwefelausstoß bei schwefelar-

mer Kohle natürlich entsprechend geringer ist.

Doch die NWK schaltet bei der Verbrennung von schwefelarmer Kohle ihre Rauchgasentschwefelung ganz oder teilweise ab!

Was das bedeutet ist klar: Obwohl die hochgradige Verantwortung des aus Großfeuerungsanlagen austretenden Schwefels am sauren Regen und damit am Waldsterben von keinem ernstzunehmenden Menschen mehr bestritten wird, gibt die NWK mehr von diesem, im Endeffekt nicht nur für die Bäume, sondern auch für den Menschen tödlichem Gift an die Umwelt ab, als technisch nötig ist.

Oder:

Die NWK fördert bewußt und mit Absicht das Waldsterben und auch die Schädigung des Menschen!!

Aus diesem Grunde haben wir einen Vertreter der NWK zu einer VERANSTALTUNG am 31. Januar um 20.30 Uhr ins PUMPWERK eingeladen.

Doch die Veranstaltung im PUMPWERK soll kein "Tribunal" gegen die NWK werden.

Wir wollen den Hauptteil der Veranstaltung für die Darstellung und Diskussion der Möglichkeiten nutzen, wie wir die Industrie und die Genehmigungsbehörden zwingen können, ab sofort alles zu tun, damit die Luft wieder sauberer wird!

Es gibt viele Möglichkeiten, auf die Betreiber von Kraftwerken als Stromabnehmer Druck auszu-

Fortsetzung Seite 14

## Fortsetzung von Seite 43

üben - Eine dieser Möglichkeiten wird uns ein Vertreter der Umweltschutzorganisation **ROBIN WOOD** darstellen. Wir haben auch Jens Graul von der Stadt Wilhelmshaven eingeladen - auch an ihn gibt es sicherlich eine Menge Fragen: Denn schließlich sind saurer Regen und Waldsterben der Preis für die immer noch recht saubere Luft in Wilhelmshaven.

**WÜRDIG**

gestaltet werden soll nach dem Willen der Vorsitzenden des Kulturausschusses im Rat der Stadt, Gabriele Iwersen (SPD) das Gelände des ehemaligen Gelbkreuzlagers am Banter Weg. Ein Teil des in der Nazi-Zeit als Außenstelle des KZ - Neuengamme dienenden Geländes könnte nach Iwersens Vorstellungen in Zusammenarbeit mit Wilhelmshavener Schulen von Unkraut und Gebüsch befreit und zur Gedenkstätte umgestaltet werden. Oberbürgermeister Hans Janßen (CDU) hatte einer interessierten Schulklasse der IGS die Unterstützung der Stadt zugesichert, doch bislang war so gut wie nichts geschehen. Die nächste Kulturausschußsitzung im Januar wird sich damit befassen.

**OHNE BRISANZ**

soll die Umwidmung der bisherigen Natronlauge-Leitung der ICI sein. Sie verläuft neben der Chlorgasleitung und soll nun Wasserstoffgas transportieren. Aus Energieersparnisgründen soll der bei der ICI-Atlantik anfallende Wasserstoff im ICI Werk Voslapp als Brennstoff eingesetzt werden. Eine sinnvoll erscheinende Sache, soweit der Leitungstransport keine Sicherheitsprobleme entstehen läßt. Entsprechende Gutachten, die dem Umweltausschuß vorlagen, gaben der Sache grünes Licht. Nicht behandelt wurde darin jedoch das Risiko bei Bruch beider Leitungen durch beispielsweise äußere Einwirkung. Bekanntlich ist das Zusammenkommen von Chlor- und Wasserstoff zu einem explosiven Knallgasgemisch alles andere als harmlos.

**GEMEINSAM**

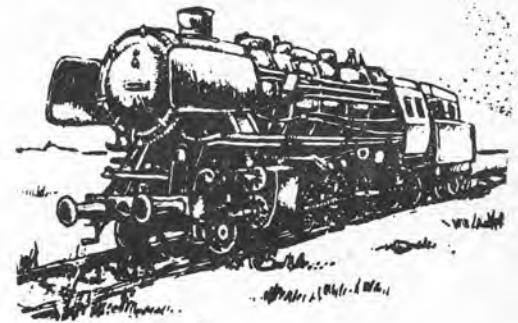
mit den Grünen und der Bürgerschaft möchte der liberale Demokrat Wolfgang Latendorf bei der nächsten Kommunalwahl gegen die großen Parteien antreten. Eine "gemeinsame Front aller Nicht-etablierten" würde - so der Liberale - 1986 mehr als die derzeit von Liberalen und Bürgerschaft gehaltenen neun Sitze erringen können. Voraussetzung sei allerdings eine frühzeitige gemeinsame Politik. Während der grüne Bürgerschaft-Ratsherr Dr. Uwe Anders die Idee für überlegenswert hält, nennt sie der Grünen-Vorsitzende Werner Biehl für "z. Z. nicht realistisch". In der Tat hatten Bürgerschaftler und Grüne in der gemeinsamen Fraktion in jüngster Zeit genug miteinander zu tun. Nach den Gegenwind-Veröffentlichungen im November ("Familienkrach") wurde in der Ratsfraktion "allerhand Staub aufgewirbelt" (H.J.Kaiser). Ein Bruch wurde gerade noch vermieden. Vor diesem Hintergrund ist auch der Bürgerschaftler Werner Delor skeptisch. Dafür brauche man "ein größeres Maß an Toleranz". Außerdem - so Delor: "Man soll das Bärenfell erst teilen, wenn mans hat."

**BUW**

Als verfehlt und wirkungslos wird sich die geplante Jadebeogradigung vermutlich herausstellen. (Erörterungstermin am 12.1.84 ab 9 Uhr im Jadezentrum). Durch die schon so gut wie beschlossene ca.150 Mio.DM teure Verlegung steigt die Strömungsgeschwindigkeit in der neuen Fahrrinne im Bereich der ICI-bzw. der schon genehmigten DFTG - Umschlagbrücken so stark an, daß die auf der Tidewelle reitenden Großtanker dort mit 8 - 9 kn Geschwindigkeit vorbeifahren müssen, um steuerfähig zu bleiben. Die Rammgeschwindigkeit von 4 - 4,5kn reicht aber aus, um die doppelte Hülle eines an den Umschlagbrücken festgemachten Gastankers zu durchschlagen und damit eine Katastrophe infernalisches Ausmaßes auszulösen.



**LAND'S END** ab 20<sup>00</sup>  
Neckarstr.: 25



**sjr / GEW**  
Jeder hat das Recht:

Der Stadtjugendring und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft veranstaltet zum Thema Berufsverbot folgendes:

Ausstellungen:

Aktionskunst (Ahlrich van Ohlen)

Berufsverbote allgemein

Berufsverbote in unserer Region

Veranstaltungen:

13. oder 14.1. (siehe WZ)

Eröffnung mit Lesungen von Mitgliedern der Landesbühne

17.1. Peter de Lorent liest aus seinem Berufsverbote-Roman "DIE HEXENJAGD"

25.1. Claus Boysen und Rainer Abraham (Oldenb. Staatstheater) bringen ihr Programm "TUCHOLSKY UND GENOSSEN"

1.2. folgende Betroffenen stellen sich dem Gespräch mit Parteien-, Gewerkschafts-, Kirchen- und Verbandsvertretern aus Wilhelmshaven: Günter Bernert, Rainer Christoffers, Karl-Otto Eckartsberg, Heinz-Udo Lammers, Ulrike Marks, Siegfried Steiner, Dorothee Vogt.

**Nicaragua**

**NICARAGUA:**  
eine Veranstaltung des Stadtjugendringes am 20.1.1984 im Willi Bleicherzentrum Gewerkschaftshaus, Kielerstraße. Erwartet werden u.a. der nicaraguanische Generalkonsul aus Hamburg sowie Beteiligte an Arbeitsbrigaden.



**Naturkostladen  
Jonathan**

biologische Lebensmittel  
umweltfreundliche Waschmittel  
Weine aus Okzitanien/Fr.  
Bücher seit dem 1.10.  
Whv. Rheinstr. 101 tel. 44670



# GRÜNE RAT MAL

## Mr. Orwell, da staunen Sie!

Echte Grüne - gibt es die?

Es soll Grüne geben, die sich darüber Sorgen machen, ob sie wirklich echte Grüne sind. So befürchtet ein Grüner aus Hamburg, ob er denn ein echter Grüner sei - er hasse Gartenarbeit, demonstriere aber überall da, wo es gilt, ein Kraftwerk zu verhindern, Bäumchen zu retten oder für den Frieden einzustehen.

Dieser Mensch ist zu beruhigen: Nach neusten Umfragen schätzen Grüne und Alternative lange Diskussionen in rauchgeschwängerten Kneipen mehr als pflegerische Grünarbeit in frischer Luft! Für die Wilhelmshavener Grünen stimmt beides - für einige ist die Gartenarbeit das höchste, für andere die lange Diskussion. Was es nicht gibt, ist die rauchgeschwängerte Luft! Bei den regelmäßigen Arbeitssitzungen (Mittwochs immer im Kluntje) ist Rauchen streng untersagt. Lange Diskussionen sind für das 1. Quartal 1984 für folgende Themen vorgesehen:

Januar:

- Verkabelung
- 35-Stundenwoche, Gewerkschaften und GRÜNE
- Film "Gewaltfreier Widerstand" (Der Prozeß gegen die Neun von Cantonsville)

Februar:

- Nicaragua
- Waldsterben
- Ein Jahr GRÜNE im Bundestag, (Sprecher: MdB JanBen, Oldenburg)

März:

- Friedensdiskussion - GRÜNE zur Sicherheitspolitik, Es wird versucht, Gerd Bastian als Referenten zu gewinnen.

Die Themen zeigen, daß wir nicht weiter nur im Kommunalpolitischen Saft schmoren wollen, sondern Interessenten, die nicht nur grün denken und wählen, sondern auch grün arbeiten wollen, Informationen zu jetzt brisanten Themen geben wollen.

Das grüne Büro im Kluntje hat jetzt auch regelmäßige Öffnungszeiten:

Mittwochs ab 16.00 Uhr!

### IMPRESSUM:

Die grüne Seite  
V.i.S.d.P.:  
Werner Biehl  
Bentinckstr. 37  
2940 Wilhelmshaven  
Tel.: 8 48 78

Seit 1981 vernetzt die Bundespost Wilhelmshaven mit "breitbandigem Kupfer- Koaxialkabel". In dieser unserer Stadt sind bereits zwei Kabelfernsehnetze mit mindestens 6000 angeschlossenen Wohnungen vorhanden. Bis 1985 sollen 4500 weitere Wohnungen verkabelt werden.

Aber zunächst: Was bedeutet die "Verkabelung"?

Beim Kabelfernsehen werden die Programme nicht mehr über eine Antenne empfangen, sondern von einer Zentrale über Koaxialkabel oder Glasfaserkabel in die Wohnungen geschickt. Dadurch können bis zu 60 Fernsehprogramme und eine noch höhere Zahl UKW-Sender empfangen werden. Bild- u. Tonqualitäten sollen dann überall gleich gut sein. Aber die Post verkabelt nicht nur, damit wir mehr und bessere Fernsehbilder empfangen können, vielmehr werden damit die ersten Schritte in eine totale "Mediengesellschaft" getan.

Die Folgen betreffen jeden:

- Einengung von Kreativität und Phantasie: Eine Kasseler Fernsehuntersuchung an drei- bis neunjährigen Kindern zeigt, daß bereits bei drei Programmen 35% d. Kinder drei u. mehr Stunden, 20% d. Kind. vier u. mehr Stunden pro Tag vorm Fernseher sitzen.
- Vereinsamung: Dadurch, daß fast alles vom Bildschirm aus erledigt werden kann, wird mensch häufiger allein zu Hause sitzen, denn die anderen tun das selbe.
- Erfahrungsverlust: die von den Medien gelieferte Welt wird für die Zuschauer zur "zweiten Wirklichkeit".
- Passivität: Alles, was mensch sich wünscht, ist auf Knopfdruck erreichbar. Wozu dann noch lange Wege?
- Vernichtung von Arbeitsplätzen: Mehrere Millionen Arbeitsplätze bei Banken, Versicherungen und Verwaltungen sind wegen der Einführung von Computern gefährdet.
- Staatliche Überwachungs- u. Kontrollmöglichkeiten können wegen ihrer Perfektionierung von keiner "Datenschutzgesetzgebung" mehr gebremst werden.

Wer ist an der Einführung der neuen Medien interessiert?

Der Bürger, der damit beglückt werden soll, nicht: Nach einer Umfrage sind nur 1/3 für die Verkabelung, aber 2/3 der Befragten dagegen.

Wirklich interessiert sind:

- elektronische Industrie, Kabelindustrie, Hersteller von Datenverarbeitungsanlagen
- die Deutsche Bundespost
- die Medienindustrie (Werbung, Pay-TV-Anbieter, Filmindustrie)

- Anwender aus der Wirtschaft: durch die Mikroelektronik können mind. 45% der Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Und wer trägt die Kosten, die für die bundesweite Installation von Kupferkabelnetzen auf rund 200 Milliarden DM geschätzt werden? Zunächst muß dafür die Allgemeinheit durch Erhöhung des Briefpostos u. der Rundfunkgebühren aufkommen. Dann aber auch die Bürger, die ans Kabelnetz angeschlossen werden über die Anschlußgebühren und die Kosten für Geräte-neukauf, die unerlässlich sind.

Zurück zu Wilhelmshaven: Eine übliche Methode für die Anschlußpraxis von Post und Wohnungsbau unternehmen ist, Gegner der Verkabelung zwangsweise an deren Finanzierung zu "beteiligen". Ein Beispiel dazu:

In der Weidenstraße (Wiesenhof) sollte verkabelt werden. Die Mieter der Wohnungsbaugesellschaft "Jade" wurden zwar gefragt, ob sie an das Kabelnetz d. BP angeschlossen werden wollten oder nicht, aber als die Mehrheit (60%) der etwa 250 Wohnungen in diesem Viertel für den Anschluß war, war es gleichgültig,

ob mensch dafür oder dagegen gestimmt hatte, es wurde angeschlossen und die damit verbundene Mieterhöhung mußte in Kauf genommen werden. Bis jetzt wehren sich noch ca. 40 Familien gegen die Verkabelung und lassen die Handwerker der Firma Radio Tiemann, die das Kabelnetz im Haus und die Anschlüsse in die Wohnungen verlegen, nicht ein. Das wird einen gerichtlich verfügbaren Zwangsanschluß nach sich ziehen, wogegen dann wiederum geklagt wird.

Deshalb fordern Die Grünen:

- Stopp der Verkabelung
- Boykottiert den Kabelgroschen
- Keine Volkszählung
- Keinen computerlesbaren Personalausweis
- Verbot von Werbung in Funk und Fernsehen
- Allen Gruppen unserer Gesellschaft müssen die öffentlichen Medien geöffnet werden und Beiräte zu stellen gestattet werden.
- Keine Neureglung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, weiterhin öffentliche Ausschusssitzungen
- Einrichtung Lokaler Freier Radios die allen Bürgern zur Verfügung stehen
- Mehr menschliche statt technische Kommunikation

Übrigens: Am 30. Nov. 1983 ist in der Teestube Kluntje in Whv eine Anti-Kabel-Gruppe gegründet worden, der es an Mitarbeitern fehlt. Sie trifft sich jeden Montag im Haus des Pumpwerk-Fördervereins.

Jörg Folkers

# GEGENWIND'S Terminkalender Januar

## APOLLO

PEPPERMINT FRIEDEN  
aus der Sicht eines Kindes  
20.-22.1. 20.30 Uhr

DIE STILLE UM CHRISTINE M.  
23.-25.1. 22.45

DIE MACHT DER GEFÜHLE  
Alexander Kluge 83  
27.-29.1. 20.30

RASPUTIN AGONIA  
Russland vor der  
Oktoberrevolution  
31.1. 20.30

KEHRAUS m. Gerhard Folt  
3.-5.2.18.15  
6.-7.2.22.45

DER FALL BACHMEIER  
KEINE ZEIT FÜR TRÄNEN  
ein Film von Hark Bohm  
3.-8.2.20.30

WILD STYLE  
ein Film über Graffiti, Rap  
u. Breakdance in New York  
10.-11.2.22.45  
13.-16.2.18.15

DIE STILLE UM CHRISTINE M.  
11.-15.2.20.30

THE DAY AFTER  
21.-23.2.18.15

FANNY UND ALEXANDER  
24.-29.2.20.30

## KCKI im Apollo

MODERNE ZEITEN  
Charles Chaplin  
30.1. 18.15 u. 20.30

DER TRAMP  
Charles Chaplin  
23.1. 19.00

DIE STILLE UM CHRISTINE M.  
23.1. 20.30

DER UNSICHTBARE AUFSTAND  
v.c. Costa-Bravas  
Ein Film über Tupuermaros  
in Lateinamerika. Er wird  
gezeigt in Zusammenarbeit  
mit amnesty international  
9.2.18.15

## AK-Arbeitslose Lehrer

Treffen an jedem 2. Donnerstag  
im Monat um 19 Uhr in der Gast-  
stätte "Zum Goldhelm", Bismarck-  
straße (beim City-Haus).

## JUSO-Vorstand

Mittwochs 20 Uhr Jugendheim  
Kirchreihe, Kirchreihe 18 a

## Frauenzentrum BOBSENSTRASSE 11

Für Frauen, Mittwochs 20 Uhr

## AMNESTY INTERNATIONAL

Jeden Montag  
20 Uhr, Teestube Kluntje

## SO8-Jugendberatung/Treff

Schillerstr. 8, Tel.: 1 27 11, 14-15  
Uhr u. nach Vereinbarung. Teestu-  
be: Mo 15 - 18 u. Mi - Fr. 18-21 U.

## DFG/VK

Informationen für Kriegsdienstver-  
weigerer jeden 2. u. 4. Mittwoch im  
Monat. Gruppenabend jeden Donner-  
stag. Beides 20 Uhr Pumpwerk-Wohn-  
haus.

## FRAUENCAFÉ »BACKSTUBE«

ALBRECHT STRASSE 10

jeden 3. Samstag im Monat 20<sup>00</sup>Uhr

## WILLI- BLEICHER-ZENTRUM

Gewerkschaftshaus, Kielerstr. 63  
Geöffnet Mo - Do 19 - 22 Uhr

## GRÜNER-STAMMTISCH

jeden Mittwoch ab 19.30  
Teestube "Kluntje"

## Teestube »KLUNTJE«

Frauen & Frieden  
Freitags 20 Uhr Kluntje

Dritte-Welt-Gruppe  
Mittwochs 20 Uhr. Teestube Kluntje

"FILMRISS"  
Pantomime  
20 Uhr (Eintritt frei)  
21.1.

## Schulengruppe

Donnerstag 20 Uhr  
Teestube "Kluntje"

## Bürgerinitiative

Umweltschutz

Öffentliche Sitzung jeden Dienstag  
19.30 Uhr im Pumpwerk-Nebenge-  
bäude. Kontakt: T.: 44 000

## Gegenwind-Redaktion

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat  
Ort zu erfragen über Kuschel. Tel.:  
04421/33119

## PUMPWERK

TROTZTHEATER / HAMBURG zeigt  
S C H U T Z T R Ä U M E  
20.1.20.30

"VERFASSUNGSRECHTLICHE EIN-  
SCHÄTZUNG DER RAKETEN'STATIO-  
NIERUNG" Vortrag und Diskussion  
24.1.2030

THEATERSTÜCK VON BEHINDERTEN  
25.1.20.00

KONRAD BEIKIRCHER österrei-  
chischer Kabarettist bringt  
Lieder u. Texte von Qualtinger,  
Moser, Jandl u. anderen  
27.1.20.30

KONTROLLIERTER ABSTURZ  
Akrobatengruppe  
29.1. 11 Uhr (Frühschoppen)

ALEXANDER LIPPING singt und  
spricht Lieder und Texte von  
Erich Mühsam  
WAR EINMAL EIN REVOLUZZER  
29.1. 20.30

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ  
Veranstaltung "Waldsterben"  
31.1. 20.30 s.dazu Artikel 5.1/14

## Anti-Kabel-Gruppe

jeden Montag 19.00 Uhr  
Haus des Pumpwerkförder-  
vereins

## Antifaschisten

jeden ersten Montag im  
Monat, 19 Uhr, Haus des  
Pumpwerkfördervereins

## 30.1. Widerstandstag

Das DGB-Seminar "Nationalsozia-  
lismus und Widerstand in Wilhelms-  
haven/Rüstringen", die Friedens-  
bewegung WHV und Interessierte  
treffen sich am

30. Januar 16.30 Uhr  
am Banter-Weg Ecke Alter Banter-  
Weg. An dieser Stelle stehen die  
Gebäudereste des KZ-Außenlagers  
Neuengamme. Ziel der Aktion ist  
es, hier eine Gedenkstätte zu  
schaffen und zu verhindern, daß  
im Bebauungsplan 53a dieser  
schutzwürdige Platz vorschnell  
anderer Nutzung zugeführt wird.